



Nicht das Gelbe vom Ei

Während die energieintensive Industrie zeitnah von der EEG-Umlage entlastet wird, müssen Betreiber und Planer regenerativer Energieanlagen weiter auf klare Signale warten – und auch mehr Wettbewerb wird es frühestens ab Sommer 2004 geben.

Karl Blum, Gießereiarbeiter bei der CORUS Aluminium Voerde GmbH, hat Wut im Bauch: „Ich bin stinksauer auf die Regierung. Erst kommt sie mit der lieben, netten Ökosteuer, und jetzt soll unser Betrieb auch noch höhere Strompreise zahlen“, schimpft der Mann mit dem gelben Helm, dem grauen Bart und der Trillerpfeife in der Hand und fügt – bestätigt durch das laute „Ja-woll“ seiner Kollegen – grölend hinzu: „Merken die da oben denn gar nicht, dass sie mit ihrer Politik unsere Arbeitsplätze gefährden?!“ „Weg mit den erneuerbaren Energien“, fordert sogar Karl-Helmut Rottmann, der seit 26 Jahren in der Gießerei der Essener Trimet Aluminium AG arbeitet. „Wind und Co. sind schuld daran, dass Trimet an immer höheren Strompreisen zu ersticken droht“, wettet der Mann im Blaumann.

Blum und Rottmann waren nur zwei von insgesamt über 3.000 Be-

schäftigten aus Betrieben der Aluminium-, Zink- und Kupferindustrie, die – heiß gemacht von ihren Betriebsräten und Vorständen – Anfang März in die Essener Grugahalle gepilgert waren, um mit Transparenten und markigen Sprüchen wie „EEG -

das tut weh“ oder „Erst arbeitslos, dann obdachlos“ eine schnelle Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu fordern.

Aufgerufen zur Kundgebung „EEG – Härtefallregelung für die stromintensive Industrie“ hatten



Engagiert: Georg-Wilhelm Adamowitsch, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, unterstützt die Aluminiumindustrie.

zwei Gewerkschaften: die IG Metall und die IG Bergbau Chemie und Energie (IGBCE). „Wir fordern die Politik auf, die EEG-Umlage für stromintensive Betriebe zu begrenzen – und zwar schnell“, machte Siegfried Wendland, Landesbezirksleiter des IGBCE Nordrhein, der Belegschaft noch einmal klar, worum es an diesem Tag ging. Und so interessierte die Protestierenden vor allem eines: Würde Georg-Wilhelm Adamowitsch, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) verkünden, dass es eine schnelle Ausnahmeregelung schon vor der eigentlichen EEG-Novelle geben wird?

Doch Neuigkeiten aus Berlin bringt Adamowitsch, der Mann fürs Grobe in Diensten von Superminis-

Und der Hauptmann der Reserve, der zu den strikten Verfechtern der heimischen Kohle zählt, hielt Wort: Es dauerte nur etwas mehr als zwei Wochen, bis sich Adamowitsch mit dem Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Rainer Baake, sowie den Energiepolitikern von SPD und Bündnis90/DieGrünen darauf einigte, zügig eine entsprechende Regelung in den Bundestag einzubringen; ein Gesetzentwurf soll noch im April vorgelegt werden.

Diese Vereinbarung sieht vor, dass für energieintensive Unternehmen oder selbstständige Teile von Unternehmen, deren Jahresstromverbrauch 100 Millionen Kilowattstunden übersteigt und bei denen das Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung bei über 20

Hintergrund

Die folgende Beispielrechnung soll verdeutlichen, wie die Stromkonzerne die Mehrkosten durch das EEG bewusst überschätzen:

Die Energieversorger berechnen die Zusatzkosten für EEG-Strom als Differenz aus der garantierten Vergütung für Ökostrom und dem durchschnittlichen Marktpreis an der Leipziger Strombörse von etwa 2,5 Ct/kWh: $8,8 \text{ Ct/kWh}$ (mittlere Vergütung für Ökostrom) - $2,5 \text{ Ct/kWh} = 6,3 \text{ Ct/kWh}$

Derzeit liegt der EEG-Stromanteil in Deutschland bei 6,6 Prozent. Die Umrechnung der Mehrkosten auf das gesamte Stromaufkommen ergäbe so eine Zusatzbelastung des Strompreises durch das EEG um **0,42 Ct/kWh**.

Diese Berechnung ist jedoch falsch, weil kein neues konventionelles Kraftwerk zum aktuellen Marktpreis produzieren könnte. Für die interne Berechnung ihrer Kosten wenden die Netzbetreiber daher eine Vollkostenrechnung an, wie sie in der Verbändevereinbarung VVII+ definiert ist. (Der Name dieser Vereinbarung führt in die Irre, denn sie ist ohne die Beteiligung der Verbraucher oder der Ökostromerzeuger entstanden.) In neuen Kraftwerken kostet eine Kilowattstunde unter Berücksichtigung aller internen Kosten vier bis fünf Cent, also etwa das Doppelte des Marktpreises. So ergibt sich für die Mehrkosten:

$8,8 \text{ Ct/kWh} - 4,5 \text{ Ct/kWh} = 4,3 \text{ Ct/kWh}$

Zieht man jetzt noch die nicht in Anspruch genommene Netznutzung ab (1 bis 1,5 ct/kWh), ergibt sich folgende Rechnung:

$8,8 \text{ Ct/kWh} - 4,5 \text{ Ct/kWh} - 1,25 \text{ Ct/kWh} = 3,15 \text{ Ct/kWh}$

Das ist nur die Hälfte des Wertes, den die Energieversorger als EEG-Mehrkosten beziffern. Umgerechnet liegt die **tatsächliche Zusatzbelastung des Strompreises durch das EEG lediglich bei 0,21 Ct/kWh**.

ter Clement, an diesem Tag nicht mit ins Ruhrgebiet: „Die Härtefallklausel wird kommen – so viel ist sicher. Wie sie allerdings aussehen wird, darauf konnte sich die Koalition bisher nicht verständigen.“ Nur eines konnte der unter den Buhrufen völlig errötete Adamowitsch, der Mitte der Neunzigerjahre eine Zeit lang auf der Lohnliste des damals noch selbstständigen Stromkonzern Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG stand, versprechen: „Ich weiß, ihr wollt eine schnelle Lösung – ich werde mich dafür einsetzen, dass wir sie schnell finden werden.“

Prozent liegt, die Belastung aus der EEG-Umlage auf bis zu 0,05 Cent pro Kilowattstunde (für den Anteil über 100 Mio. kWh) reduziert werden können. Voraussetzung dafür ist eine Einzelfallprüfung. „Damit haben wir eine Regelung gefunden, die punktgenu genau den betroffenen Unternehmen – insbesondere der Aluminiumindustrie – hilft, aber Mitnahmeeffekte ausschließt und damit die Summe begrenzt, die auf sonstige Industrie und Verbraucher umgelegt wird“, erklärten die Verhandlungsführer von SPD und B90/Grüne. Michaela Hustedt, energiepolitische Sprecherin der Bündnis-



grünen, verspricht: „Der Strompreis wird sich für die Verbraucher nicht wesentlich erhöhen.“

Nach Ansicht des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) hätte die kWh-Grenze allerdings durchaus höher ausfallen können. Wie groß die Strommenge tatsächlich sein wird, die durch diese Regelung der EEG-Umlage entzogen wird, ist nämlich weitgehend unbekannt. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die allerdings aus dem Jahre 1994 stammen, dürften maximal bis zu 220 Unternehmen in den Genuss der Ausnahmeregelung kommen.

Wichtig bei dem Kompromiss ist die Festlegung auf die so genannte Bruttowertschöpfung, sagt Professor Uwe Leprich vom Institut für ZukunftsEnergieSysteme aus Saarbrücken: „Damit werden nur die Güter und Waren erfasst, die die Unternehmen wirklich selbst herstellen. Die von der Industrie gewünschte Basiseinheit Umsatz hätte ein viel größeres Loch bei der Menge gerissen, die nun nicht mehr unter die EEG-Umlage fällt.“ Auch Leprich kann nicht beziffern, wie viele Unternehmen die Härtefallregelung nutzen könnten: „Die Einzelfallprüfung ist da schon ein gutes Instrument, um Missbrauch zu vermeiden.“

Auch Rot-Grün hat nach einigen Angaben weitere „hohe Hürden“ in die jüngst gefundene Vereinbarung

eingebaut, um Trittbrettfahrern das Leben zu erschweren: Das entsprechende Gesetz soll bis zum 1. Juli 2004 befristet werden und im Rahmen der „großen“ EEG-Novelle auf seine Wirksamkeit hin überprüft werden. „Der nächste Erfahrungsbericht zum EEG im Sommer 2004 wird uns Klarheit bringen, ob die Regelung so funktioniert, wie wir uns es vorstellen“, heißt es aus der SPD-Fraktion.



Vom Tisch ist damit die Forderung der Industrie, schon ab einem jährlich Stromverbrauch von 100.000 Kilowattstunden generell von der EEG-Umlage befreit zu werden. Ein Vorschlag, der insbesondere bei der IGBCE auf großen Beifall gestoßen war: Deren Vorsitzender Hubertus Schmoldt hatte die Vorschläge der Bundesregierung, eine Härtefallregelung im EEG zur Entlastung stromintensiver Betriebe mit einer Stärkung der Wettbewerbselemente im Strommarkt zu verbinden (NEUE ENERGIE 3/2003), als an Erpressung grenzend bezeichnet. Schmoldt bezeichnete die von Umweltminister Jürgen Trittin vorgeschlagene Einzelfallprüfung als abwegig und forderte stattdessen eine allgemeine Regelung.

„Wir sind entsetzt darüber, wie unbedarft und rückwärtsgewandt die IGBCE noch immer versucht, die Modernisierung der deutschen Wirtschaft und insbesondere der Energiewirtschaft zu behindern. Die Reformfeindlichkeit der IGBCE behindert seit Jahrzehnten den überfälligen Strukturwandel in der Energiewirtschaft. Almosen für eine veraltete Energiewirtschaft sind der Gewerkschaft wichtiger als Investitionen in zukunftssichere Arbeitsplätze“, so BEE-Präsident Johannes Lackmann. Die gegenwärtige Verpflichtung aller Stromkunden, einen gleichen Anteil ihres Stromverbrauchs aus erneuer-

baren Energien zu decken, entsprechen genau dem Verursacherprinzip. Die Stromverbraucher haben im Rahmen ihrer Umweltverantwortung die Kosten einer sauberen Stromerzeugung anteilig zu tragen“, so Lackmann. Die Strompreise wären lange nicht so hoch wie von der Energiewirtschaft behauptet, wenn es eine korrekte Umlage der EEG-Mehrkosten geben würde (siehe „Hintergrund“ auf Seite 17). „Außerdem beeinflusst der fehlende Wettbewerb im

„Mehr Wettbewerb würde über niedrigere Stromkosten viele neue Arbeitsplätze schaffen“,
BWE-Präsident Peter Ahmels

Stromnetzbereich die Strompreise erheblich mehr als die Belastungen durch das EEG. Ein funktionierender Wettbewerb würde über niedrigere Stromkosten viele neue Arbeitsplätze schaffen“, betont Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes WindEnergie (BWE).

Den Wettbewerb wollen die beiden Regierungsfractionen, auch das ist Teil der EEG-Härtefallregelung,

mit einer nationalen Wettbewerbsbehörde stärken – nach Expertenansicht ein längst überfälliger Schritt (siehe Seite 6). Spätestens zum 1. Juli 2004 soll dieses Aufsichtsorgan ihre Arbeit aufnehmen – genau das sieht auch die EU-Beschleunigungsrichtlinie zum Binnenmarkt für Strom und Gas vor, die die Bundesregierung noch in ein nationales Gesetz umsetzen muss. Zu den Aufgaben der neuen Behörde gehören die Bereiche Netzzugang einschließlich

Schlichtungsfunktion, Monitoring einer ausreichenden Entflechtung, Gewährleistung eines reibungslosen Versorgerwechsels und Transparenz der Marktdaten. „Wir hätten uns durchaus vorstellen können, dass wesentlich zeitnaher eine Kontrollinstanz für den Strommarkt etabliert wird“, so Ahmels, „die Ungereimtheiten und mangelnde Transparenz sind doch seit langem offensichtlich.“

Ein weiteres Problem bleibt trotz dieser Einigung bestehen: Wenn die Härtefallregelung wie geplant zeitnah – ohne eine vollständige EEG-Novelle – vor der Som-

Foto: Kruppa



Besorgt: Hans-Josef Fell, forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von B90/Grüne, warnt davor, ein wichtiges Faustpfand aus der Hand zu geben.

merpause umgesetzt wird, dann werden es die Befürworter der erneuerbaren Energien im Herbst ungleich schwerer haben, die Diskussionen über Vergütungssätze mit

dem nötigen Rückenwind zu führen. „Dann ist ein wichtiges Faustpfand weg“, warnt Hans-Josef Fell, forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von B90/Grüne.

Der Parlamentarier aus dem unterfränkischen Hammelburg weiß um die unterschiedlichen Vorstellungen zu künftigen Einspeisetarifen, insbesondere im Windkraft-Bereich. „Ich sehe keine Luft für eine Absenkung der Vergütungssätze im Binnenland“, so Fell Mitte März auf einem BWE-Branchenabend in Berlin. Schließlich gebe es einige neue Entwicklungen seit der Verabschiedung des EEG-Erfahrungsberichtes im vergangenen Jahr (NEUE ENERGIE 8/2002), die die Stromerzeugung aus Windturbinen verteuert habe – beispielsweise sind die verschärften (und damit kostentreibenden) Versicherungsbedingungen oder die seit einigen Wochen zu beobachtenden verschlechterten Finanzierungsbedingungen durch die Banken (siehe Seite 10) – nicht in die EEG-Expertise eingeflossen.

Nicht nur einige Unionspolitiker, die sich für „reduzierte Vergütungen an windungünstigen Standorten“ ausgesprochen haben (siehe Interview mit Peter Paziorek auf Seite 22), muss Fell noch überzeugen; auch mancher Sozialdemokrat ist offensichtlich ins Grübeln gekommen. So gingen selbst Axel Berg, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, jüngst Worte wie „Begrenzung der Subventionen“ im Zusammenhang mit dem EEG über die Lippen – eine Äußerung, die die Teilnehmer des Branchenempfanges mit Unmut registrierten.

Derzeit lässt sich allerdings kaum ein Parlamentarier in die Karten schauen, mit welchen Vergütungssätzen künftig zu rechnen ist. Doch während Betreiber und Planer von Photovoltaik-, Bioenergie- und Geothermie-Anlagen mit stärkeren Anreizen, sprich höheren Tarifen, rechnen können, muss sich die Windkraft-Branche offensichtlich auf einige böse Überraschungen einstellen. Denn nicht jeder will offenbar, wie beispielsweise Hans-Josef Fell, den „Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren“ – mancher Politiker scheint merkwürdiger Weise Angst vor dem eigenen Erfolg bekommen zu haben.

Nicht nur das ist merkwürdig:

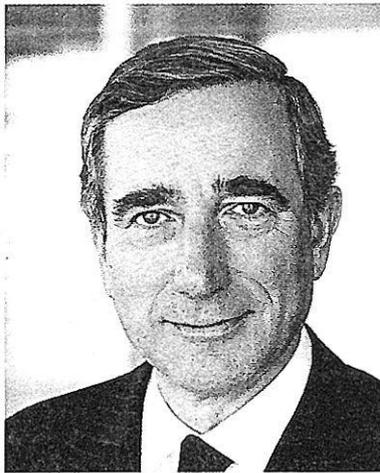


Foto: RWE Energie AG

Verlogen: Der neue RWE-Chef Harry Roels gibt den erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung die Schuld an den Strompreiserhöhungen – obwohl gerade der Essener Energiekonzern die Kunden mit überhöhten Preisen für Netznutzung, Messkosten und Regelenergie schröpft.

Obgleich es seit fünf Jahren formell eine Liberalisierung des deutschen Strom- und Gasmarktes gibt, wagt die Bundesregierung es nicht, die Macht der Energiekonzerne zu be-

schneiden und so endlich für mehr Wettbewerb zu sorgen. Kein Wunder, dass Mitte März der neue RWE-Chef Harry Roels unwidersprochen hingehen konnte und den umweltfreundlichen Energien die Schuld für die jüngsten Strompreiserhöhungen in die Schuhe schieben konnte. „Insbesondere für energieintensive Industriebranchen wie Aluminium, Eisen, Stahl und Chemie“, meint der ehemalige Shell-Manager zu wissen, „haben die Belastungen [durch die Abgaben für Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien] mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das die Rentabilität vorhandener Produktionsstandorte in Frage stellt.“ An Dreistigkeit sind solche Worte nicht zu überbieten – immerhin stammen sie von einem Unternehmen, das seit Jahren versucht, mit zu hohen Preisen für die Netznutzung, Messkosten und Regelenergie das bisschen, was es hier zu Lande an Wettbewerb gegeben hat, kaputt zu machen. ■

Text: Christian Hinsch,
Ralf Köpke, Sascha Rentzing